

Ich möchte aber noch zu einer anderen Sache etwas sagen, die nicht Gegenstand war. Auf Grund meiner Tätigkeit, die ich in der Staatlichen Plankommission für prognostische Fragen und auch in dem Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, wo wir uns mit Prognoseproblemen befaßt haben, wurde auch gefragt von Mitarbeitern der Staatssicherheit, um eine bessere Einsicht, Verständnis für ökonomische Fragen zu bekommen, ob ich bereit wäre, mit ihnen darüber zu sprechen. Ich habe mich auch dazu bereiterklärt, über sachlich-ökonomische Zusammenhänge zu sprechen. Wenn ich das vom heutigen Standpunkt aus beurteile, ich war bis Ende der 70er Jahre in der Plankommission tätig: Das, was ich bedaure, ist eigentlich weniger, daß ich mich zu einem solchen Gespräch bereiterklärt habe, sondern ich habe mich zwar bemüht, auch in der Leitung der Plankommission kritisch zu einer Reihe von Problemen Stellung zu nehmen, und ich glaube auch, die Kollegen, die mich aus dieser Zeit kennen und auch von anderen Gelegenheiten im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, werden das bestätigen können, daß ich mich bemüht habe, in diesem Zusammenhang die Probleme und Alternativen für eine andere Wirtschaftsentwicklung, denn die Fragen, die heute zum Ausdruck kommen, sind ja nicht neu. Von denjenigen, die sich schon länger etwas mit volkswirtschaftlichen Problemen befaßt haben, wurden sie schon länger erkannt, die krisenhafte Entwicklung. Wir haben auch versucht, Alternativen dazu auszuarbeiten. Der Vorwurf, den ich mir mache, ist, daß ich nicht mit der notwendigen Konsequenz auf diese Frage aufmerksam gemacht habe.

Wenn ich vom heutigen Standpunkt aus alles beurteile, ausgehend auch von der Empfehlung, die gegeben wurde, bekanntlich stehe ich auch auf der Vorschlagsliste unserer Fraktion als Abgeordneter für den Bundestag, muß ich sagen, das wollte ich nur erklären unter Nutzung der Möglichkeit, damit nicht der Name in der Presse erscheint, ohne daß man die Möglichkeit hat, etwas dazu zu sagen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Der Abgeordnete Eimer möchte eine Frage stellen, wenn ich das richtig sehe.

Dr. Eimer (SPD):

Ich wollte fragen, habe ich eben richtig verstanden, daß Sie im Unterschied zu vielen anderen Abgeordneten, die da belastet sind, Ihre Akte einsehen konnten?

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Nein.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, aber ich habe so den Eindruck, vielleicht könnte uns hier im Parlament und uns allen das Reden aus Betroffenheit, offene Ohren, die wirklich hinhören, helfen. Das könnte ein Weg zur Befreiung von der Last der Schatten der Vergangenheit sein.

(Beifall)

Bitte schön.

W u t z k e, Staatssekretär:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es mir nicht leicht gemacht, hier eine Erklärung abzugeben. Ich muß es tun. Wer zum Unrecht schweigt, wird schuldig.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns alle in der Regierung de Maizières bemüht, unserer Pflicht und unserer Verantwortung nach Kräften gerecht

zu werden, und ich möchte an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten, stellvertretend für alle Mitarbeiter, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei CDU/DA)

Um so tiefer trifft es mich aber persönlich, hier eine Einschränkung machen zu müssen, wobei ich nicht darüber richten will, ob die Ursachen dafür in böser Absicht oder in größerem Unvermögen liegen.

Ich wende mich an Herrn Innenminister Diestel. Herr Innenminister Diestel, ich werfe Ihnen nicht vor, Mitglied des Staatssicherheitsdienstes gewesen zu sein. Ich mache Ihnen aber den Vorwurf, uns nicht von diesem monströsen Auswuchs des SED-Regimes befreit zu haben, wie es Ihre Pflicht gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD, bei Bündnis 90/Grüne, bei der DSU und bei CDU/DA)

Sie haben es beim Antritt Ihrer Regierung versprochen zu tun.

Ich weise darauf hin, daß ich selber darum gebeten habe, ausländische Hilfe zu holen, unter anderem Simon Wiesenthal. Es wurde abgelehnt, und alle diese Vorschläge sind abgewertet worden. Hätten wir es getan, stünden wir heute anders da, wären nicht da, wo wir heute sind, nämlich im wahrsten Sinne des Wortes auf der Erde, wo wir heute waren.

(Beifall bei der DSU)

Wer, liebe Damen und Herren, statt die Auflösung der Stasi zu betreiben, sich um die Hinüberrettung der alten Büttel in die neuen Strukturen sorgt, ist als Innenminister eine Fehlbesetzung.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/Grüne, bei der DSU und bei der SPD)

Wer - und ich zitiere hier mit der Erlaubnis des Präsidiums aus dem „Spiegel“ dieser Woche, damit es mir nicht geht wie Herrn Jenninger, - mit glänzenden Augen von dem perfekten Sicherheitsapparat „schwärmt“, den wir am eigenen Leibe als Terror der Einparteiendiktatur erleben, ist in dieser Regierung untragbar.

(Beifall bei der SPD)

Wer gezielt und mehrfach frühere Stasi-Mitarbeiter einstellt, weil deren Sachverstand angeblich unverzichtbar sei, verhöhnt diejenigen, die unter diesem „Sachverstand“ die letzten 40 Jahre zu leiden hatten.

(Beifall bei der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie, daß ich Sie an dieser Stelle unterbreche. - Ich bitte Sie, mir zuzuhören. Ich war, als ich Ihnen das Wort erteilte - Sie sind ja Staatssekretär, aber kein Abgeordneter -, davon ausgegangen, daß die Serie dieser persönlichen Erklärungen in irgendeiner Weise fortgesetzt wird. Ich hatte übrigens gerade vorher den schönen Satz - ich hoffe, er war schön - mit Bewußtheit gesagt: Sprechen aus eigener Betroffenheit.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und F. D. P.)

Ich denke, wir verlieren unseren Faden, wenn wir das jetzt fortsetzen. Sie dürfen ja alle zum Schluß noch einmal reden, wenn Sie das Bedürfnis haben und das Plenum einverstanden ist. Jetzt, würde ich sagen, verlieren wir unseren Faden.

(Beifall)

(Staatssekretär Wutzke: Herr Präsident, darf ich drei Sätze noch sagen?)

(Laute Neinrufe)